

AK: Konsumenten bei Auslandsüberweisungen nicht übervorteilen

Utl.: AK erwartet von Finanzminister Grasser Maßnahmen =

Wien (AK) - Die Banken müssen sich bei Auslandsüberweisungen an die gesetzlichen Regeln halten. Dafür muss Finanzminister Grasser sorgen," verlangen die AK-Konsumentenschützer. Anlass ist eine AK-Untersuchung über Auslandsüberweisungen, die sehr unbefriedigende Ergebnisse brachte: Die Kosten bei kleinen Überweisungen ins Ausland sind zu teuer, der doppelte Spesenabzug verstößt gegen gesetzliche Regeln und die Banken kommen ihrer gesetzlichen Informationspflicht ungenügend nach. Die AK hat jetzt dem Finanzminister die Ergebnisse dieser AK-Untersuchung übermittelt und erwartet eine Lösung. ****

Die AK-Konsumentenschützer haben heuer eine Untersuchung über grenzüberschreitende Überweisungen präsentiert. Die Ergebnisse waren unzufriedenstellend:

+ Doppelter Spesenabzug beim Empfänger und Auftraggeber
Bei fast 15 Prozent der Überweisungen auf ausländische Empfängerbanken und bei 21 Prozent der Überweisungen auf österreichische Empfängerinstitute wurden entgegen der ausdrücklichen Anweisung des Auftraggebers beim Empfänger abermals Spesen kassiert.

+ Informationspflichten nicht eingehalten

Keine einzige Bank kam der im Überweisungsgesetz vorgesehenen schriftlichen Informationspflicht unaufgefordert nach. Auf Nachfrage erhielten die AK-Tester nur bei einem Drittel der Überweisungen nähere Infos.

Das ausgehändigte Infomaterial war nur teilweise aussagekräftig. In keinem Fall war ein Hinweis auf die unternehmenseigenen Beschwerdestellen enthalten.

+ Zu teure Spesen

Zu hoch sind die Spesen bei Banküberweisungen ins Ausland oder vom Ausland nach Österreich, kritisiert die AK. Bei kleineren Beträgen zahlt der Konsument unverhältnismäßig viel. Die AK hat 550 Schilling (40 Euro) überwiesen. Bei Auslandsüberweisung von Österreich auf ein Konto ins EU-Ausland liegen die durchschnittlichen Kosten bei 155 Schilling (11,3 Euro).

Bei einer Überweisung vom EU-Ausland nach Österreich machen die Kosten 202 Schilling (14,65 Euro) aus.

Die AK hat nun die Studienergebnisse Finanzminister Grasser übermittelt. Denn die Richtlinie über grenzüberschreitende Überweisungen, die mit dem Überweisungsgesetz in Österreich umgesetzt wurde, brachte keine Verbesserungen für die Konsumenten, kritisieren die AK-Konsumentenschützer. Die AK erwartet nun von Finanzminister Grasser entsprechende Maßnahmen.

Rückfragehinweis: AK Wien Presse Doris Strecker

Tel.: (01) 501 65-2677
email: akpresse@akwien.or.at
<http://www.akwien.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0045 2000-07-21/08:51

210851 Jul 00

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000721_OTS0045